

10 Jahre Vertrag von Lissabon

Einleitende Stellungnahme

Gemeinsames Fachgespräch/Anhörung
der EU Ausschüsse Bundestag und Bundesrat

Donnerstag, 28. November 2019, 13 – 15 Uhr

Deutscher Bundestag

PLH 4.900

Berlin

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen zunächst sehr für die Einladung.

Im Dezember 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Ich kann mich gut erinnern, wie damals - unter anderem nach einem **langen Verfahren** vor dem Bundesverfassungsgericht - eine allgemeine **Erschöpfung** herrschte. Ein **Reformprozess ab dem Vertrag von Maastricht ging nach 15 Jahren** zu Ende. Verbreitetes Gefühl damals: das muss jetzt **für 50 Jahre** reichen.

5 Monate später, im **Mai 2010**, begann die Eurokrise. Und alles schien wieder offen.

Es ist einiges passiert, seitdem, und der Vertrag von Lissabon **schien nicht auf alles vorbereitet**: Dazu gerne auf Nachfrage mehr, hier nur die **Stichworte**: **Brexit** - hätte man nur in Art. 50 die 2 Jahre ohne Verlängerungsmöglichkeit gefasst, ein Halbsatz mehr oder anders, und wir hätten schon längst Rechtsklarheit. **Rechtsstaatsverfall in Polen und Ungarn**, der **Aufstieg der Nationalpopulisten** - hätte man nur beim Beitritt die auflösende Bedingung „Rechtsstaatlichkeit wahren“ eingebaut. Neuartige **Freihandelsabkommen CETA und Co. Eurokrise. Flüchtlingskrise. Deutschlands Europaversagen bei der PKW Maut. Das Bundesverfassungsgericht seit 10 Jahren im EU-Dauermodus. Positiv** zu vermerken: **Subsidiarität** funktioniert, auch die **Bundestagsbeteiligung in Sachen Europa** ist gelungen. Bis auf die Sache mit dem **9er Gremium**, peinlicher Tiefpunkt.

Es gibt sicher noch mehr Europa-Stichworte zu den 10 Jahren, lassen Sie mich etwas grundsätzlicher werden. Man hört viel von der „Krise der EU“. Ein Zerfallsszenario erscheint keinesfalls abwegig. Rückblickend wird man vielleicht einmal folgendes sagen:

„Die europäische Integration war eine einzigartige Idee, die sich nur in einem schmalen Zeitfenster unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg realisieren ließ. Solange das Versagen des Nationalstaates und das Grauen des Weltkrieges mit seinen 55 Millionen Toten und auch die deutschen Menschheitsverbrechen noch präsent waren. Mit dem Verblässen dieser Erinnerung wurde dann auch das ganze Integrationsprojekt immer unplausibler und ging in den Sinkflug. In Deutschland wurde man nach der Wiedervereinigung immer selbstbezogener, immer weniger fähig, die Perspektive anderer Mitgliedstaaten bzw. deren Öffentlichkeiten einzunehmen, hielt sich aber noch für gute Europäer. Die Vormachtstellung in Europa hatte man ja ökonomisch und politisch erreicht, auf eine europäische Integration war Deutschland – scheinbar – nicht mehr angewiesen, um seine Interessen durchzusetzen.“

Nicht auszuschließen, dass es so kommt. Gestatten Sie daher hier eine **Vergewisserung warum überhaupt europäische Integration.**

Kurze Antwort: Weil das Grundgesetz es will, mit einem Staatsziel Vereintes Europa. Wer das nicht teilt, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.

Die **längere Antwort** ist heute vielleicht wieder offenkundiger als vor 10 Jahren. Manche wollen Trump oder Putin für ihre Verdienste um die europäische Integration ja für den **Karlspreis** vorschlagen.

Gerade die Annexion der Krim, die **erste gewaltsame Verschiebung von Grenzen** in Europa seit 1945, hat in Erinnerung gerufen, was die EU nach wie vor im Kern ist: **Ein Friedensprojekt**. Nach außen, aber auch nach innen. Die europäische Integration ist die **Lehre aus drei Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich binnen 70 Jahren und zwei Weltkriegen** an deren Ende ein verwüstetes Europa stand.

Was heißt das konkret? Die Interessensgegensätze zwischen den Staaten sind ja immer noch vorhanden. Aber man legt **diese heute bei**, indem man Staats- und Regierungschefs in Verhandlungsräume mit Kunstlicht sperrt, **bis sie sich geeinigt haben** oder die Europäische Kommission Staaten vor einen überstaatlichen **Gerichtshof** in Luxemburg zerzt, ein weltweit einzigartiges überstaatliches Parlament mit Regierungen zusammen Gesetze macht. Diese **Rechtsgemeinschaft** ist ein unglaublicher **zivilisatorischer Fortschritt**. **Diesen gilt es zu erhalten**. Und **nach außen zu tragen in die Welt, gegen die, die das Recht des Stärkeren propagieren, gegen rechtliche Weltordnung sind, zurück zum „geschlossenen“ Handelsstaat“ Fichtes aus dem frühen 19. Jahrhundert**. Europäische Souveränität. Das muss freilich **auch so erklärt und weitergegeben werden**. Das ist wohl das **größte offene Europaproblem**, wichtiger als Spitzenkandidaten oder ein vorgebliches Demokratiedefizit: es gibt ein **Erklärungs- und ein Politikdefizit**. Mehr denn je.

Das zu beheben setzt freilich einen **rationalen Diskurs** voraus.

Im Brexit haben wir gesehen wie Vernunft außer Kraft gesetzt wurde, in den Worten einen britischen Kollegen: **Kreationismus gegen Evolutionstheorie**.

An dieser Stelle muss ein **Reformprozess ansetzen: Besser erklären worum es geht**. Medien und Politik sind hier in der Pflicht. Auch die Wissenschaft. Emmanuel Macron hat bewiesen, dass man damit sogar Wahlen gewinnen kann.

Unzureichendes rechtliches Instrumentarium war in den letzten 10 Jahren nicht das Hauptproblem [*Stichwort Passerelle-Klauseln*]. Sondern **fehlender politischer Wille**. Von diesem Befund sollten Reformüberlegungen ausgehen [*ob die jüngste D-F Initiative in diese Richtung will muss man prüfen*] - was das konkret bedeutet, erläutere ich gerne auf Nachfrage.

[5 : 00]

*Erforderlich ist hier letztlich auch eine **Selbstvergewisserung** im Hinblick auf die Stellung Deutschlands in Europa, und auch die Interessen Deutschlands in Europa: Es ist nach wie vor im **deutschen** Interesse, dass deutsches Interesse als **europäisches Interesse** wahrgenommen wird.*

* * *